

**ERGEBNISSE INTERNE  
VERNEHMEHLASSUNG INKLUSIVE  
SCHRIFTLICHE STELLUNGNAHMEN**



---

## INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	3
Zusammenfassung Eckpfeiler der Statutenrevision : Dreiklang von Parteitag, Parteirat und Präsidium	3
Zusammenfassung Vernehmlassungsergebnisse	5
Grundsätzliches/Eintretensfrage	5
Repräsentanz	5
Kompetenz-Verteilung	8
Mitwirkungsmöglichkeiten	10
Weitere Anmerkungen zur Statutenrevision	11
Stellungnahme der SP Kanton Basel-Stadt	12
Prise de position du PS Genevois	14
Stellungnahme der SP Kanton Graubünden	18
Prise de position du PS Neuchâtelois	20
Stellungnahme SP Kanton Schwyz	23
Stellungnahme der SP Kanton St. Gallen	25
Stellungnahme der SP Kanton Zürich	27
Stellungnahme der SP Migrant*innen	29
Déclaration du PS Migrant-e-s	30
Stellungnahme Sektion Stadt Aarau	31
Stellungnahme SP Gesamtpartei Biel/Bienne	34
Stellungnahme Sektion Horburg-Kleinhüningen	35
Stellungnahme der SP Zürich 4	37

---

## Einleitung

Dieses Dokument gibt eine Übersicht über die wichtigsten Ergebnisse über alle schriftlich eingegangenen Stellungnahmen und Anträge sowie weitere Rückmeldungen der Kantonalparteien, Sektionen und Organe in der internen Vernehmlassung zur Statutenrevision der SP Schweiz und orientiert sich dabei an den Fragen zu Händen der Kantonalparteien, der Organe und der JUSO im Diskussionspapier „Die SP der Zukunft gestalten – Wir schaffen die organisatorischen Grundlagen dafür!“<sup>1</sup> Alle eingegangenen schriftlichen Stellungnahmen befinden sich im Anhang zu diesem Dokument (siehe unter „schriftlich eingegangene Stellungnahmen im Wortlaut“). Alle eingegangenen Anträge finden sich im Dokument „Arbeitspapier zur Strukturreform“.

In der internen Vernehmlassung vom 23. März bis 1. Juni 2021 fanden ein gutes Dutzend eigens geplanter Diskussionsrunden mit Kantonalparteien, Sektionen, Organen und Basismitgliedern statt. Ausserdem fanden ebensoviele Austausch mit kantonalen Geschäftsleitungen und Vorständen statt, an denen die Statutenrevision ebenfalls prominenten Platz einnahm. Von Seiten des Sekretariats wurden zahlreiche Rückfragen beantwortet und bilaterale Gespräche geführt. Insgesamt sind 13 schriftliche Stellungnahmen und 141 Anträge von Kantonalparteien, Sektionen und Organe eingegangen. Zudem sind in den Diskussionsrunden einige weitere allgemeine Anmerkungen geäussert worden.

## Zusammenfassung Eckpfeiler der Statutenrevision <sup>2</sup>: Dreiklang von Parteitag, Parteirat und Präsidium

- **Stärkung des Parteitags:** Der Parteitag findet künftig nicht nur alle zwei Jahre statt, sondern zweimal im Jahr und ersetzt damit die Delegiertenversammlungen. Auf diese Weise wird der Einbezug der Basis deutlich verstärkt. Pro Jahr werden in der Regel zwei eintägige Parteitage durchgeführt, alle zwei Jahre einer der beiden Parteitage als zweitägiger Anlass. Die Festsetzung des Parteiprogramms und die Lancierung von Initiativen durch die SP Schweiz sollen weiterhin Kompetenz des Parteitags und damit der Basis bleiben. Neu hinzu kommen die Beschlussfassung über wichtige Resolutionen oder, wenn es terminlich möglich ist, der Beschluss über Referenden.
- **Schaffung Parteirat:** Die Geschäftsleitung in ihrer heutigen Form sowie die Koordinationskonferenz werden durch einen Parteirat ersetzt, der sowohl als Vertretung der Organe und weiterer Gruppen innerhalb der Partei als auch als Vertretung der Kantonalparteien fungiert. Der neue Parteirat soll als breites und repräsentatives «Parlament» der Partei Organe wie auch weitere Gruppen innerhalb der Partei sowie die Kantonalparteien in die strategische Politikformulierung verbindlich einbeziehen.

---

<sup>1</sup> Vgl. «[Diskussionspapier «Die SP der Zukunft gestalten – Wir schaffen die organisatorischen Grundlagen dafür!](#)», S. 6.

<sup>2</sup> Für eine ausführliche Zusammenfassung des Inhalts der Statutenrevision siehe Dokument «[Diskussionspapier «Die SP der Zukunft gestalten – Wir schaffen die organisatorischen Grundlagen dafür!](#)».

- 
- **Alle Kantonalparteien sind im neuen Parteirat vertreten.** Die bisherige Koko als Austauschgremium zwischen den Kantonalparteien auf operativer Ebene (Kampagnen usw.) wird durch andere Formen der Zusammenarbeit ersetzt. Der Infoaustausch zwischen den Sekretariaten der SP Schweiz und der Kantonalparteien wird mehrheitlich in den digitalen Raum und auf den elektronischen Weg verschoben.
  - Neben den Kantonalparteien, den Organen und der JUSO sollen künftig die neu geschaffenen **Themenkommissionen und Foren** im Parteirat vertreten sein. Kurz zusammengefasst: Alle organisatorischen Einheiten der Partei, wo Politik entwickelt und umgesetzt wird, sind im Parteirat vertreten. Alle Mitglieder des Parteirats müssen SP-Mitglieder sein. Die Mitglieder des Parteirats sind Mitglieder der leitenden Gremien derjenigen Kantonalpartei/Gruppe, die sie entsendet. Zusätzlich kommen 10 durch den Parteitag frei gewählte Mitglieder hinzu.
  - Der Parteirat verfügt über ein eigenes, dreiköpfiges **Präsidium**, worin alle drei Sprachregionen (D/F/I) vertreten sind.
  - **Die Sitzungen des Parteirats sind öffentlich.** Einzelne vertrauliche Traktanden können unter Ausschluss der Öffentlichkeit diskutiert werden (zentrale strategische Fragen, konflikträchtige Themen, Personalgeschäfte).
  - **Der Parteirat tagt mindestens viermal jährlich**, wahlweise physisch oder digital.
  - **Der Parteirat ist insbesondere zuständig für folgende Aufgaben:**
    - die Politik der Partei zwischen zwei Parteitagen.
    - die Verabschiedung des Tätigkeitsprogrammes aufgrund der vom Parteitag gesetzten Ziele.
    - die Planung und die Kontrolle der Umsetzung der Politik der Partei.
    - die Koordination der Politik und der Kampagnen der Partei auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene.
    - Der Parteirat bereitet die Geschäfte zu Handen des Parteitags vor.
    - Er kontrolliert das Präsidium.
  - Aufgrund der Grösse des neuen Gremiums ist auch eine **Kompetenzklärung zwischen Parteirat und Parteitag** nötig. Insbesondere Beschlussfassungen über Positionspapiere sowie der Entscheid über die Unterstützung/Lancierung von Referenden können dem (gegenüber der heutigen GL wesentlich repräsentativeren) Parteirat übertragen werden. Der Parteirat soll auch zuständig für die Diskussion und Festlegung der Strategie für die eidgenössischen Wahlen inkl. Schwerpunktsetzung sein. Darum soll die Delegiertenversammlung als zusätzliches Gremium abgeschafft werden.

- 
- **Präsidium:** Gewisse Aufgaben, die bisher gemäss Statuten der GL oblagen, werden an das Präsidium übertragen. Wie oben beschrieben, werden zahlreiche dieser Aufgaben bereits heute de facto vom Präsidium wahrgenommen. Dabei handelt es sich um folgende Aufgaben:

- Übersicht politische Informationsarbeit, Planung politische Kampagnen (Statuten SP Schweiz, Artikel 18, Absatz 3, litera c und d)
- Verhandlungen mit anderen politischen Organisationen (litera f)
- Vernehmlassungen der Partei (litera i)
- Eingaben an Behörden (litera j)
- Anstellungsentscheide (litera m)
- Erlass von Pflichtenheften (litera n).

## Zusammenfassung Vernehmlassungsergebnisse

### Grundsätzliches/Eintretensfrage

*Begrüsst ihr die vorgeschlagene Statutenreform oder gibt es generelle Kritik am Vorschlag von Präsidium und Geschäftsleitung?*

Die von dem Präsidium und der Geschäftsleitung vorgeschlagene Statutenreform wird in der Vernehmlassung im Grundsatz fast ausschliesslich unterstützt: Alle schriftlichen Stellungnahmen von Kantonalparteien, Sektionen und Organen begrüßen die Stossrichtung dieser Statutenrevision im Grundsatz. Es ist nur ein Rückweisungsantrag eingegangen<sup>3</sup>, sowie ein Verschiebungsantrag<sup>4</sup>.

### Repräsentanz

*Seid ihr einverstanden, dass jede Kantonalpartei im Parteirat eine Stimme hat? (Art. 14 Ziff. 5 lit. a neue Statuten)*

In dieser Frage ergibt sich ein differenziertes Bild: In 4 schriftlichen Stellungnahmen wird der Vorschlag einer Stimme pro Kantonalpartei im Parteirat unterstützt.<sup>5</sup> 4 Kantonalparteien und Sektionen wünschen sich eine stärkere Vertretung der grösseren Kantonalparteien.<sup>6</sup> Konkret wird ein zusätzlicher Sitz für Kantonalparteien aus Kantonen mit über 300'000 Einwohner\*innen gefordert.<sup>7</sup> Zu dieser Frage sind insgesamt 7 Anträge eingegangen. Dabei wird ein zusätzlicher Sitz für Kantonalparteien mit über 1'000 Mitglieder und zwei zusätzliche Sitze für Kantonalparteien mit über 3'000 Mitglieder<sup>8</sup>, eine proportionale Vertretung der Kantonalparteien im

---

<sup>3</sup> SP Entfelden.

<sup>4</sup> SP NE.

<sup>5</sup> SP BS, SP GR, SP NE, SP SZ.

<sup>6</sup> SP GE, SP SG, SP ZH, SP Zürich 4.

<sup>7</sup> SP GE.

<sup>8</sup> SP BE, SP ZH, SP SG, SP Aarau.

---

Parteirat<sup>9</sup> (konkret nach Anzahl Parteimitglieder<sup>10</sup>) sowie ein zusätzlicher Sitz für Kantonalparteien aus Kantonen mit über 300'000 Einwohner\*innen gefordert.<sup>11</sup> Gestützt auf diese Rückmeldungen schlägt das Präsidium und die Geschäftsleitung neu vor, dass die grossen Kantonalparteien mit mehr als 2'000 Mitgliedern (AG, BE, VD, ZH) einen zusätzlichen Sitz im Parteirat erhalten sollen.

*Würdet ihr es begrüßen, wenn die grossen Städte ebenfalls im Parteirat vertreten wären? Wenn ja, ab welcher Grösse? Wenn nein, weshalb nicht? (Art. 14 Ziff. 5 lit. b neue Statuten)*

Die Vertretung der grossen Städte im Parteirat wird in der Mehrheit der Stellungnahmen begrüsst: 6 Kantonalparteien und Sektionen unterstützten dies,<sup>12</sup> es wird teilweise eine allgemeine Ausweitung dieser Städtevertretung<sup>13</sup> oder ein Sitz für alle Sektionen aus Städten mit über 50'000 Einwohner\*innen gefordert<sup>14</sup>. 3 Kantonalparteien lehnen eine solche Städtevertretung ab, da der Parteirat grundsätzlich nach Mitgliederrepräsentativität zusammengesetzt werden sollte<sup>15</sup>, ansonsten zu gross würde<sup>16</sup>, resp. die grossen Städte durch eine stärkere Vertretung der grösseren Kantonalparteien bereits ausreichend vertreten wären.<sup>17</sup> Zu dieser Frage sind insgesamt 6 Anträge eingegangen. Darin wird ein Sitz für alle Sektionen aus Städten mit über 50'000 Einwohner\*innen<sup>18</sup> oder ein Sitz für die Sektionen der zehn grössten Städte der Schweiz<sup>19</sup> vorgeschlagen oder hingegen der gänzliche Verzicht auf eine Vertretung der Stadtsektionen gefordert<sup>20</sup>. Die Forderung nach einem Sitz für die Sektionen der zehn grössten Städte der Schweiz entspricht der heutigen Regelung in der Koordinationskonferenz. Gestützt auf diese Rückmeldungen schlägt das Präsidium und die Geschäftsleitung neu vor, dass anstelle der Stadtparteien der grössten 5 Städte diejenigen der grössten 10 Städte einen Sitz im Parteirat erhalten sollen.

*Soll es frei gewählte Mitglieder im Parteirat geben? Wie viele? Wenn nein, weshalb nicht? (Art. 14 Ziff. 5 lit. g neue Statuten)*

Der Vorschlag von frei gewählten Mitgliedern im Parteirat wird in den schriftlichen Stellungnahmen grossmehrheitlich begrüsst: In 7 Stellungnahmen wird dies unterstützt.<sup>21</sup> Dabei wird teilweise eine Erhöhung der Anzahl freigewählter Mitglieder angeregt<sup>22</sup> und weiter vorgeschlagen, dass nur 1/3 der Mitglieder des Parteirats von Amtes wegen delegiert und 2/3 frei gewählt sein sollen.<sup>23</sup> Gänzlich abgelehnt wird die Idee von freigewählten Mitgliedern nur in 2 Stellungnahmen.<sup>24</sup> Zu dieser Frage sind insgesamt 8 Anträge eingegangen. 3 fordern den Verzicht auf

---

<sup>9</sup> SP VD.

<sup>10</sup> SP Zürich 4.

<sup>11</sup> SP GE, SP Stadt Genf.

<sup>12</sup> SP BS, SP GR, SP GE, SP SG, SP ZH, SP Stadt Biel.

<sup>13</sup> SP SG.

<sup>14</sup> SP Stadt Biel.

<sup>15</sup> SP NE.

<sup>16</sup> SP SZ.

<sup>17</sup> SP Stadt Zürich 4.

<sup>18</sup> SP Stadt Genf, SP Stadt Biel.

<sup>19</sup> SP Stadt St. Gallen, SP Stadt Luzern, SP Stadt Winterthur, SP Stadt Zürich, SP Stadt Bern, SP Kanton Zürich.

<sup>20</sup> SP Entfelden, SP 60+

<sup>21</sup> SP GE, SP Stadt Basel Horburg Kleinhüningen, SP GR, SP NE, SP SZ, SP SG, SP ZH.

<sup>22</sup> SP GE, SP Stadt Basel Horburg Kleinhüningen.

<sup>23</sup> SP NE.

<sup>24</sup> SP BS, SP Stadt Zürich 4.

---

freiwählte Mitglieder<sup>25</sup>. Weiter wird eine Verkleinerung der Anzahl freigewählter Mitglieder auf 5<sup>26</sup>, eine Vergrösserung auf mindestens 15<sup>27</sup> oder 25<sup>28</sup>, die Anzahl 10 freigewählter Mitglieder als Obergrenze<sup>29</sup> und schliesslich eine Aufteilung von 5 durch den Parteitag gewählten und 5 aus allen interessierten Parteimitgliedern ausgeloste Parteiratsmitgliedern<sup>30</sup> vorgeschlagen.

*Findet ihr die vorgeschlagenen Mitglieder ohne Stimmrecht sinnvoll? Wenn nein, welche würdet ihr streichen? (Art. 14 Ziff. 5 lit. h neue Statuten)*

Die Idee der Parteiratsmitgliedern ohne Stimmrecht wird in 4 schriftlichen Stellungnahmen unterstützt<sup>31</sup> und dabei spezifisch der Einbezug von Flüchtlingsorganisationen und Travail.Suisse vorgeschlagen<sup>32</sup>, in 2 wird sie abgelehnt mit Verweis auf die Öffentlichkeit der Parteiratssitzungen, welche allen Parteimitgliedern die Teilnahme ermöglicht.<sup>33</sup> Zu dieser Frage ist ein Antrag eingegangen, der den Verzicht auf die freigewählten Parteiratsmitglieder fordert.<sup>34</sup>

*Haltet ihr die Grösse des Parteirats für angemessen?*

Die vom Präsidium und Geschäftsleitung vorgeschlagene Grösse des Parteirats von rund 75 Mitgliedern wird in 2 Stellungnahmen als obere Grenze beurteilt<sup>35</sup>, in einer Stellungnahme als zu gross<sup>36</sup> und in 2 Stellungnahmen als angemessen<sup>37</sup> beurteilt.

*Gibt es weitere Repräsentanz-Fragen (Geschlecht, Sprachregionen usw.), die ihr aufnehmen möchtet?*

Hier wird die Vertretung der Foren im Parteirat in einer schriftlichen Stellungnahme<sup>38</sup> und 2 Anträgen<sup>39</sup> bekämpft. In einer Stellungnahme wird die Sicherstellung einer ausgewogenen Geschlechtervertretung der Parteiratsmitglieder gefordert.<sup>40</sup> Die Schwächung der Stimmkraft der SP Migrant\*innen wird in einer Stellungnahme bedauert und in einem entsprechenden Antrag eine Erhöhung dieser Vertretung von 2 auf 4 gefordert<sup>41</sup>. Hingegen wird in einem Antrag gefordert, dass die JUSO 2 und alle anderen Organe nur 1 Vertreter\*innen im Parteirat haben sollen.<sup>42</sup> In einem weiteren Antrag wird gefordert, dass die Organe und die JUSO im Parteitag nicht wie bisher fix je 12 Delegierte stellen, sondern diese proportional zu ihrer Anzahl Mitglieder vergeben werden.<sup>43</sup>

---

<sup>25</sup> SP BS, SP Stadt Zürich 4, SP 60+.

<sup>26</sup> SP BS.

<sup>27</sup> SP Basel Horburg Kleinhüningen.

<sup>28</sup> SP NE.

<sup>29</sup> SP Entfelden.

<sup>30</sup> SP TI.

<sup>31</sup> SP BS, SP GR, SP SG, SP ZH.

<sup>32</sup> SP ZH.

<sup>33</sup> SP GE, SP NE.

<sup>34</sup> SP GE.

<sup>35</sup> SP BS, SP GR.

<sup>36</sup> SP SZ.

<sup>37</sup> SP SG, SP ZH.

<sup>38</sup> SP BS.

<sup>39</sup> SP BS, SP 60+.

<sup>40</sup> SP GE.

<sup>41</sup> SP Migrant\*innen.

<sup>42</sup> SP VD.

<sup>43</sup> SP Stadt Zürich 7/8.

---

### *Weitere Anmerkungen zum Parteirat*

Die vorgeschlagene Anzahl von mindestens 6 jährlichen Sitzungen des Parteirats wird in 3 Stellungnahmen als zu hoch betrachtet<sup>44</sup>, 2 Anträge schlagen eine Mindestanzahl von 4 Sitzungen vor.<sup>45</sup> Dies entspricht dem ursprünglichen Antrag des Präsidiums. Gestützt darauf hat das Präsidium und die Geschäftsleitung nach erneuter Diskussion beschlossen, dem Parteitag mindestens 4 jährliche Sitzungen des Parteirates vorzuschlagen.

Die vorgesehene Vorgabe, dass die Kantonalparteien, Organe und Themenkommissionen von Mitgliedern ihrer obersten Leitungsorgane im Parteirat vertreten sein sollten wird in 4 Stellungnahmen kritisiert<sup>46</sup>. In einem Antrag wird die Streichung dieser Bestimmungen gefordert.<sup>47</sup>

Zwei schriftliche Stellungnahmen<sup>48</sup> und ein Antrag<sup>49</sup> schlagen vor, dass für die von Amtes wegen gewählten Parteiratsmitglieder auch Ersatzpersonen bestimmt werden können sollen.

Die vorgesehene grundsätzliche Öffentlichkeit der Parteiratssitzungen wird von 2 Stellungnahmen und Anträgen abgelehnt.<sup>50</sup> Deshalb hat das Präsidium und die Geschäftsleitung neu beschlossen, dass die Parteiratssitzungen grundsätzlich nicht öffentlich sein sollten.

Dass der Parteirat ein eigenes Präsidium erhalten soll, wird teilweise als «Kompetenzvermischung» mit dem Parteipräsidium wahrgenommen.<sup>51</sup>

Es wird gewünscht, dass weiterhin der Austausch der Sekretariate untereinander (aktuelle Aufgabe der Koordinationskonferenz) ermöglicht wird.<sup>52</sup>

## **Kompetenz-Verteilung**

*Leuchtet die Kompetenzverteilung zwischen Präsidium, Parteirat und Parteitag ein? Braucht es Änderungen? Gibt es Kompetenzen, die eurer Meinung nach fehlen oder falsch zugeteilt sind?*

Die vorgeschlagene Kompetenzverteilung zwischen Präsidium, Parteirat und Parteitag wird in 4 Stellungnahmen vollumfänglich unterstützt. In 5 Stellungnahmen werden Änderungen vorgeschlagen: So wird vorgeschlagen, dass nur ein Parteitag jährlich<sup>53</sup> resp. ein Parteitag und zusätzlich zwei Delegiertenversammlungen jährlich<sup>54</sup> durchgeführt werden sollten. Es wird

---

<sup>44</sup> SP BS, SP GR, SP SZ.

<sup>45</sup> SP GR, SP GE.

<sup>46</sup> SP SG, SP Stadt Aarau, SP Stadt Biel, SP Stadt Zürich 4.

<sup>47</sup> SP Stadt Zürich 4

<sup>48</sup> SP BS, SP SG.

<sup>49</sup> SP BS.

<sup>50</sup> SP ZH, SP Stadt Aarau.

<sup>51</sup> PS GE.

<sup>52</sup> PS GE.

<sup>53</sup> PS GE.

<sup>54</sup> SP NE.

---

zudem kritisiert, dass die Kompetenzen des Parteitag zu stark auf rein statutarische Geschäfte liegen würde. Zusätzlich soll der Parteitag auch eigenständig Volksinitiativen und Referenden beschliessen können.<sup>55</sup> Weiter soll der Parteitag und nicht der Parteirat über die Parolen zu den eidgenössischen Volksabstimmungen entscheiden.<sup>56</sup> Zudem wird die ausschliessliche Kompetenz des Parteipräsidiums zur Verabschiedung von Vernehmlassungsantworten kritisiert.<sup>57</sup> Schliesslich wurde in einem Antrag<sup>58</sup> und in einer Diskussionsrunde angeregt, die bisherige Unterscheidung in ordentliche Parteitage (alle zwei Jahre) und ausserordentliche Parteitage (jährliche Parteitage zwischen den ordentlichen Parteitagen) in den Statuten beizubehalten.

Zur Frage der Kompetenzverteilung sind insgesamt 11 Anträge eingegangen. In 2 Anträgen werden jährliche statt halbjährliche Parteitage vorgeschlagen.<sup>59</sup> In einem weiteren Antrag wird ein vierteljährlicher Parteitag vorgeschlagen, um so die Parolenfassungen für die eidgenössischen Abstimmungen durch den Parteitag zu ermöglichen.<sup>60</sup> In weiteren Anträgen wird vorgeschlagen, dass der Parteitag zusätzlich selbstständig Volksinitiativen und Referenden lancieren, Bundesratskandidierende z.H. der Bundeshausfraktion nominieren, die Mitglieder des Generalsekretariates wählen<sup>61</sup>, den Jahresbericht des Präsidiums und den Rechenschaftsbericht genehmigen<sup>62</sup> und den Parteitag einberufen<sup>63</sup> können soll. In 3 weiteren Anträgen wird gefordert, dass der Parteitag und nicht der Parteirat die Jahresrechnung abnimmt<sup>64</sup>, die Wahlen der Mitglieder resp. Präsidien der Finanzkommission, der Revisionsstelle, der Delegierten für die SP Europa und der Geschäftsprüfungskommission sowie die Verabschiedung deren Reglemente vornehmen soll sowie Ausschlüsse von Sektionen und Rekurse gegen Parteiausschlüsse von Mitgliedern durch das Parteipräsidium und Sektionen durch Kantonalparteien behandeln soll.<sup>65</sup>

Gestützt auf diese Rückmeldungen und Anträge haben Präsidium und Geschäftsleitung folgende Änderungen am ursprünglichen Vorschlag der Kompetenzverteilung zwischen Parteirat und Parteitag vorzunehmen: Die Parolenfassung für eidgenössische Wahlen soll wenn zeitlich möglich vom Parteitag vorgenommen werden. Ebenso die Lancierung von Volksinitiative und die Unterstützung von Volksinitiativen, sofern zeitlich möglich. Die restlichen Kompetenzen (Lancierung und Unterstützung von Referenden, Vorschlag an die Fraktion zur Bezeichnung der Parteikandidat:innen für den Bundesrat, Wahl des Generalsekretariats) möchte die Geschäftsleitung insbesondere auch aus Zeitgründen beim Parteirat belassen. Hingegen soll die Genehmigung der Jahresrechnung und die jährliche Festlegung der politischen Vierjahres-Ziele zur Umsetzung des Parteiprogramms nicht in der Kompetenz des Parteirates, sondern des Parteitages liegen.

---

<sup>55</sup> SP SZ.

<sup>56</sup> SP SZ, SP Stadt Zürich 4.

<sup>57</sup> SP ZH.

<sup>58</sup> SP LU.

<sup>59</sup> SP GE, SP NE.

<sup>60</sup> SP Stadt Zürich 7/8.

<sup>61</sup> SP SZ.

<sup>62</sup> SP Stadt Aarau.

<sup>63</sup> SP Stadt Zürich 7/8.

<sup>64</sup> SP Stadt Zürich 4, SP Stadt Zürich 7/8.

<sup>65</sup> SP Stadt Zürich 4.

---

## Mitwirkungsmöglichkeiten

*Befürwortet ihr die organisatorische Neustrukturierung der bisherigen Fachkommissionen als Themenkommissionen, die neu auch der Koordinierung und Umsetzung der SP-Politik über alle Staatsebenen dienen sollen, sowie der verstärkten Mitwirkung von Basismitgliedern? (Art. 19 neue Statuten)*

Hier ergibt sich ein sehr deutliches Bild: Die vorgeschlagene Neustrukturierung der Fachkommissionen zu Themenkommissionen wird im Grundsatz in 8 Stellungnahmen begrüsst<sup>66</sup> und nur in einer Stellungnahme abgelehnt<sup>67</sup>. Zur Frage der Themenkommissionen sind insgesamt 13 Anträge eingegangen. So wird vorgeschlagen, die enge Zusammenarbeit zwischen Themenkommissionen und der Bundeshausfraktion in den Statuten zu verankern<sup>68</sup>, den bisherigen Begriff der Fachkommissionen beizubehalten<sup>69</sup>, auf Vorgaben bezüglich Parlamentarier/innen und Sprachregionen bei der Leitung der Themenkommissionen zu verzichten<sup>70</sup> resp. diese flexibler zu formulieren<sup>71</sup> und die Möglichkeit der Bildung von thematischen Subkommissionen in den Statuten zu verankern<sup>72</sup>. Weiter wird vorgeschlagen, dass die Einsetzung und Auflösung von Themenkommissionen in der Kompetenz des Parteitag und nicht des Parteirat liegen soll<sup>73</sup> und dass mindestens ein/e Co-Präsident\* in aller Themenkommissionen aus den italienischsprachigen Landesteilen kommen muss.<sup>74</sup> Weiter wird eine verbindliche Regelung von Themenkommissionen auf kantonaler Ebene vorgeschlagen<sup>75</sup>. Schliesslich wird noch vorgeschlagen, dass die Themenkommissionen Organe der Partei sein sollen<sup>76</sup>, im Parteirat nicht ausschliesslich von den Leitungspersonen vertreten werden können<sup>77</sup>, bei den Vernehmlassungsantworten der SP Schweiz konsultiert<sup>78</sup> und vom Zentralsekretariat fachlich und administrativ unterstützt<sup>79</sup> werden.

*Befürwortet ihr die Schaffung von Foren als neuer «Ebene» der parteiinternen Organisation und Meinungsbildung? (Art. 20 neue Statuten)*

Die vom Präsidium und der Geschäftsleitung vorgeschlagene Ermöglichung von Foren wird in 5 Stellungnahmen unterstützt<sup>80</sup> und in 3 Stellungnahmen abgelehnt<sup>81</sup>. Zu den Foren sind insgesamt 6 Anträge eingegangen: 3 fordern deren Verzicht<sup>82</sup>. In 3 weiteren Anträgen wird eine

---

<sup>66</sup> SP BS, SP GE, SP GR, SP NE, SP SG, SP Stadt Aarau, SP Stadt Basel Horburg Kleinhüningen, SP Stadt Zürich 4.

<sup>67</sup> SP ZH.

<sup>68</sup> SP Stadt Aarau.

<sup>69</sup> SP ZH.

<sup>70</sup> SP ZH

<sup>71</sup> SP Stadt Zürich 7/8.

<sup>72</sup> SP Stadt Zürich 4.

<sup>73</sup> SP Stadt Zürich 7/8.

<sup>74</sup> SP TI.

<sup>75</sup> SP Stadt Aarau.

<sup>76</sup> SP Stadt Aarau, SP Entfelden.

<sup>77</sup> SP Stadt Zürich 4.

<sup>78</sup> SP Kanton Zürich.

<sup>79</sup> SP Stadt Aarau.

<sup>80</sup> SP GE, SP GR, SP NE, SP SG, SP Stadt Basel Horburg Kleinhüningen.

<sup>81</sup> SP BS, SP ZH, SP Zürich 4.

<sup>82</sup> SP BS, SP 60+, SP ZH.

---

Senkung der Quoren und Anforderungen an die Foren zu deren Zulassung<sup>83</sup> resp. ein gänzlicher Verzicht auf diese Quoren und Anforderungen<sup>84</sup> vorgeschlagen.

*Begrüsst ihr, dass die unkomplizierte Schaffung von Arbeitsgruppen zu verschiedensten Themen nun auch in den Statuten verankert ist? (Art. 21 neue Statuten)*

Hier ergibt sich ein sehr deutliches Bild: Die vorgeschlagene Verankerung der Arbeitsgruppen in den Statuten wird in 6 Stellungnahmen explizit begrüsst<sup>85</sup> und nur in einer Stellungnahme abgelehnt<sup>86</sup>. Dazu ist bloss ein Antrag eingegangen, der den Verzicht der Verankerung der Arbeitsgruppen in den Statuten vorschlägt<sup>87</sup>.

*Weitere Anmerkungen zu den Mitwirkungsmöglichkeiten*

Zur Frage der Urabstimmungen (Art. 20 neue Statuten) ist ein Antrag eingegangen, der tiefere Quoren für das Verlangen einer Urabstimmung zu einer wichtigen politischen Frage durch Mitglieder des Parteitages, der Parteirats, der Kantonalparteien oder Einzelmitgliedern vorschlägt.<sup>88</sup> In einer Diskussionsrunde wurde hingegen das Instrument der Urabstimmungen dahingehend kritisiert, dass es in der Vergangenheit fast ausschliesslich von der Parteileitung ausgelöst wurde und deshalb plebiszitären Charakter hatte. Dies würde durch die vorgeschlagene Möglichkeit des Parteirates, mit einer 2/3 Mehrheit eine Urabstimmung auszulösen (Art. 14 Ziff. 8 neue Statuten) noch verstärkt. Dadurch würden auch die gewählten Parteigremien entwertet, was gerade eine Stärke dieser Strukturreform sei.

## **Weitere Anmerkungen zur Statutenrevision**

Die Neugründung des Organs SP queer / PS queer und damit die strukturelle Aufwertung der in LGBTQI\*-Themen engagierten Genoss\*innen wird unisono unterstützt<sup>89</sup>. Zwei Anträge schlagen eine andere Bezeichnung dieses Organs vor.<sup>90</sup>

---

<sup>83</sup> SP VD, SP Entfelden.

<sup>84</sup> SP Stadt Zürich 7/8.

<sup>85</sup> SP BS, SP GE, SP GR, SP NE, SP SG, SP Stadt Zürich 4.

<sup>86</sup> SP ZH.

<sup>87</sup> SP ZH.

<sup>88</sup> SP Entfelden.

<sup>89</sup> SP BS, SP GE, SP Stadt Basel Horburg Kleinhüningen.

<sup>90</sup> SP GE, SP Stadt Genf.

---

## Schriftlich eingegangene Stellungnahmen im Wortlaut

### Stellungnahme der SP Kanton Basel-Stadt

#### Grundsätzliches

Die SP Basel-Stadt begrüsst die Strukturreform insgesamt. Mit der Reform werden die Strukturen teilweise den aktuellen tatsächlichen Informations- und Entscheidungsstrukturen angepasst und damit transparenter gemacht. Doppelspurigkeiten werden beseitigt. Das Ziel der Stärkung der Kantonalparteien ist aus Sicht der SP Basel-Stadt sehr erfreulich. Ebenfalls rücken die Sektionen mit der Stärkung des Parteitags näher an die nationale Organisation, was auch für die Kantonalpartei Sinn macht.

Es gibt jedoch auch einige Punkte, die die SP Basel-Stadt nicht nachvollziehen kann oder kritisch sieht. Auf diese werden im Rahmen der Antworten auf die einzelnen Fragen eingegangen.

#### Repräsentanz

Eine Stimme pro **Kantonalpartei**: Der Parteirat sollte nicht zu gross werden. Freiwillig eingebundene Kantonalpräsidien bzw. Personen der höchsten Parteiorgane sind oft mehrfach eingebunden und können vermutlich nicht an sechs oder mehr Sitzungen teilnehmen. Die SP Basel-Stadt möchte die Möglichkeit von Ersatzmitgliedern beliebt machen.

**Grösste 5 Städte** sollen zusätzliche Stimme haben: Mit diesem Vorschlag ist die SP Basel-Stadt einverstanden. Die SP Basel-Stadt teilt die Einschätzung, dass die grössten Städte der Schweiz ein eigenes Gewicht im Parteirat benötigen.

**Freigewählte Mitglieder**: Die SP Basel-Stadt ist gegen frei gewählte Mitglieder im Parteirat. Falls im Parteirat frei gewählte Mitglieder vertreten sein sollen, maximal 5.

*Begründung*: Durch die frei gewählten Mitglieder wird das Gewicht der Kantonalparteien im Parteirat geschwächt. Das Gremium wird mit ihnen umso grösser und träger. Alle Organe und Gruppen sind bereits vertreten.

**Mitglieder ohne Stimmrecht**: Die vorgeschlagene Liste ist eher lange, die SP Basel-Stadt damit einverstanden, da wir davon ausgehen, dass in der Praxis diese Mitglieder nur in Diskussionen, die sie direkt betreffen beteiligt sein werden.

**Grösse des Parteirats**: Die SP Basel-Stadt findet die Grösse des Parteirats an der oberen Grenze. Keinesfalls sollte der Parteirat noch grösser werden.

*Begründung*: Zum einen wird der Parteirat mit zunehmender Grösse träger, was die Handlungsfähigkeit beeinträchtigt. Zum anderen läuft man Gefahr, dass viele Mitglieder zu oft fehlen. Wie weiter oben bereits erwähnt, sind sechs und mehr Sitzungen – mind. vier davon mit Anreise verbunden – ein sehr grosser Aufwand für freiwillig engagierte Vertreter\*innen.

---

## Weitere Repräsentanz-Fragen:

Mit der Vertretung der **Themenkommissionen** durch je einen Sitz ist die SP Basel-Stadt einverstanden. Die SP Basel-Stadt ist jedoch der Meinung, dass die **Foren** keinen Sitz im Parteirat benötigen und den Rat unnötig vergrössern.

Kleine Sektionen sind am **Parteitag** gegenüber mittleren und grossen Sektionen übervertreten. Die Untervertretung grosser Stadt- und Agglo-Sektionen mutet dabei grosses an. Wir begrüssen es, dass der Parteitag häufiger tagen soll. Wir möchten aber die Parteileitung damit beauftragen, eine Überarbeitung des Delegierten-Schlüssels auszuarbeiten.

## Kompetenzverteilungen zwischen den Gremien

Die SP Basel-Stadt ist mit der Kompetenzverteilung zwischen den Gremien einverstanden.

## Mitwirkungsmöglichkeiten

Die SP Basel-Stadt begrüsst die Schaffung von **Themenkommissionen** zur Mitwirkung durch Basismitglieder.

Die Existenz von **Foren** leuchtet der SP Basel-Stadt nicht ein. Es gibt die vom Parteirat definierten Themenkommissionen und die Möglichkeit der unkomplizierten Schaffung von Arbeitsgruppen. Das reicht aus Sicht der SP Basel-Stadt aus.

Die SP Basel-Stadt begrüsst die unkomplizierte Schaffung von **Arbeitsgruppen** zu verschiedenen Themen und dass diese in den Statuten so verankert werden.

## Verschiedenes / Zusätzliches

**Öffentlichkeit der Parteiratssitzungen:** Die SP Basel-Stadt bezweifelt den Sinn von öffentlichen Diskussionen über Strategien und hält die Öffentlichkeit der Sitzungen für hinderlich, offen über strategische und politisch heikle Fragen zu diskutieren. Eine intern offene Diskussionskultur hält die SP Basel-Stadt jedoch für unerlässlich, um gemeinsame Positionen und Strategien ausarbeiten und beschliessen zu können. Nur im Ausnahmefall die Öffentlichkeit auszuschliessen, erweckt bloss das öffentliche Interesse umso mehr.

In den Statuten ist teilweise von «beide Geschlechter» die Rede. Mit der Schaffung der SP queer und dem erklärten Ziel der SP, sich für die Förderung queerer Menschen einzusetzen, wäre eine **non-binäre** resp. eine nicht ausschliessende **Formulierung** angebracht.

Der **Parteitag** umfasst sehr viele Mitglieder. Räumlichkeiten in der dafür benötigten Grösse sind landesweit rar. Evtl. ist zu überlegen, den Parteitag in der Mitgliederzahl etwas zu verkleinern, um Parteitage wie die bisherigen DVs in unterschiedlichen Kantonen und Regionen durchführen zu können.

---

## Prise de position du PS Genevois

### Questions de principe/entrée en matière

- **Accueillez-vous favorablement la proposition de réforme des statuts ? Ou bien la proposition de la Présidence et du Comité directeur fait-elle l'objet d'une critique générale ?**

Sur le principe, nous saluons les réflexions entreprises qui souhaitent permettre à la base du parti et aux cantons de participer plus largement à la vie et aux décisions du parti. Si le projet ne rencontre pas une opposition générale marquée, il suscite néanmoins des débats sur certains points de fond.

### Représentation

- **Êtes-vous d'accord pour que chaque Parti cantonal dispose d'une voix au sein du Conseil du parti ?**

Oui, cela nous semble indispensable que les partis cantonaux soient représentés dans cette instance. Toutefois, la répartition d'un siège par canton, quel que soit le nombre d'habitant-es ou de membres de la section, ne nous semble pas cohérente. Nous sommes favorables à un siège supplémentaire pour les cantons avec plus de 300'000 habitant-es.

→ Nous demandons que les cantons avec plus d'habitant-es disposent d'une voix supplémentaire.

- **Seriez-vous favorables à ce que les grandes villes soient également représentées au sein du Conseil du parti ? Si oui, à partir de quelle taille ? Dans la négative, pour quelles raisons ?**

Oui, nous y sommes favorables pour autant qu'une définition de « grandes villes » soit arrêtée. L'idée que les cinq plus grandes villes soient représentées dans le Conseil du parti nous semble intéressante.

En outre, il ne nous semble pas idéal que de grandes sections en termes de membres n'aient pas plus de poids dans les instances du parti. Nous souhaiterions que le PSS mène une réflexion quant à une meilleure représentation des sections les mieux dotées en termes de membres.

- **Doit-il y avoir des membres librement élus au Conseil du parti ? Combien ? Dans la négative, pour quelles raisons ?**

Cela dépend. S'il s'agit d'une élection libre, il nous semble indispensable de fixer des quotas de sexe et de région linguistique pour cette élection, conformément à l'article 13 ch.2 des statuts. Sans de tels quotas, nous nous opposons à cette disposition qui risque de favoriser les candidatures des régions linguistiques déjà surreprésentées. Par ailleurs, nous craignons que de limiter les membres élus à dix, ne revienne à élire des

---

personnalités déjà bien ancrées dans la vie du parti et que le but de faire participer davantage la base ne soit pas atteint.

- **Pensez-vous qu'il y ait un sens à proposer des membres qui n'ont pas le droit de vote ? Dans la négative, lesquels bifferiez-vous ?**

Il est prévu que les Conseils du parti soient publics. Les membres sans droit de vote qui souhaitent y assister en ont la possibilité. Il est ainsi inutile de les convoquer systématiquement.

→ Nous demandons la suppression de cette mention.

- **Considérez-vous la taille du Conseil du parti comme appropriée ?**

Ce qui nous semble inapproprié, c'est la fréquence des réunions.

Nous sommes d'avis qu'il sera difficile de mobiliser fréquemment les membres du Conseil du parti qui viennent de toute la Suisse et qui ont déjà un agenda très chargé. Il nous semble plus réaliste de ne pas fixer un nombre de séances aussi ambitieux, mais de mettre un seuil minimum, qui pourra être amené à augmenter en fonction des exigences de l'agenda politique.

→ Nous proposons de réduire la fréquence de réunion du Conseil du parti à au moins quatre par année.

- **Y a-t-il d'autres questions de représentation (sexe, régions linguistiques, etc.) que vous souhaiteriez aborder ?**

Une représentation équitable des sexes dans toutes les instances du parti nous semble indispensable pour une vie démocratique équilibrée, en particulier pour notre parti qui prône la diversité et exige l'égalité. Un travail auprès des instances représentées dans le Conseil du parti devra être fait, afin qu'elles désignent des représentant-es du sexe le moins représenté pour éviter un déséquilibre. Les dix membres élu-es librement devraient également permettre de rééquilibrer l'insuffisance du quota de l'un ou l'autre sexe.

## **Répartition des compétences**

- **La répartition des compétences entre la Présidence, le Conseil du parti et le Congrès du parti coule-t-elle de source ? Des changements s'imposent-ils ? Y a-t-il des compétences qui, selon vous, manquent à l'appel ou sont mal attribuées ?**

Le Congrès a peu de compétences, c'est pourquoi il est difficilement compréhensible qu'il se réunisse deux fois par année. En réduisant la fréquence de réunion, nous rendons le Congrès plus attractif pour les membres car il s'apparente à un moment d'exception.

→ Nous proposons de réduire la fréquence de réunion à une fois par année.

---

Le Conseil du parti comme organe à part, avec sa propre présidence, risque d'amener de la confusion auprès des médias et des militant-es. Nous avons le sentiment que ce nouvel organe ajoute de la complexité à la structure du parti. Par ailleurs, nous ne sommes pas convaincu-es qu'une Présidence tripartite soit adéquate. Une Présidence ou Co-présidence devrait faciliter la direction de cette instance. Celle-ci devra en outre veiller à respecter en alternance une représentation régulière des sexes et régions linguistiques.

→ Nous proposons d'organiser un tournus pour la (co)présidence du Conseil de parti, lequel s'effectuerait entre les membres de la présidence du PSS.

### **Possibilités de participation (codétermination)**

- **Êtes-vous favorables à la restructuration organisationnelle des commissions spécialisées actuelles en commissions thématiques, qui serviront désormais aussi à coordonner et à mettre en œuvre la politique du PS à tous les niveaux étatiques, ainsi qu'à favoriser une participation accrue des membres de la base ?**

Oui, il est intéressant d'inclure la base à ces commissions thématiques. Toutefois, elles ne devraient traiter que des politiques qui se décident au niveau fédéral, afin de ne pas faire doublon avec les commissions thématiques cantonales. Un point essentiel : tout devra être traduit. Chaque parti cantonal dispose également de commissions thématiques.

→ Nous demandons que le PSS mette en place des plateformes d'échange entre les commissions cantonales et les commissions fédérales, afin de créer des synergies et de leur permettre d'échanger sur les enjeux politiques communs.

- **Êtes-vous favorables à la création de forums comme nouveau « niveau » de l'organisation interne du parti et de formation de l'opinion ?**

Toute démarche favorisant la démocratie interne et l'implication des membres nous semble intéressante à explorer.

- **Vous réjouissez-vous du fait que la création sans complications de groupes de travail sur différents thèmes soit désormais aussi ancrée dans les statuts ?**

Toute démarche favorisant la démocratie interne et l'implication des membres nous semble intéressante à explorer.

### **Considérations complémentaires du PSG**

- **Dénomination « PS Queer »**

La dénomination « PS Queer » ne fonctionne pas en français. « Queer » est utilisé comme synonyme de « LGBTIQ+ » en allemand mais pas en français. Utiliser un seul terme invisibilise la diversité représentée par l'acronyme. La lettre « Q » dans « LGBTIQ+ » signifie justement « queer ». Appeler ce nouvel organe uniquement « PS Queer »

---

invisibilise donc les autres groupes représentés dans l'acronyme complet, ce qui par conséquent n'est pas acceptable.

→ Nous demandons de remplacer la terminologie « PS Queer » par « PS LGBTIQ+ ».

- **Rôle des secrétariats cantonaux**

Les secrétariats cantonaux ne font plus partie d'aucune instance alors qu'ils figuraient dans les anciens statuts dans la Coco, et donc dans les AD et au Congrès. Si nous concédons que les secrétariats ne participent pas aux discussions politiques, nous sommes en revanche inquiet-es de la disparition de la Coco en tant que lieu d'échange opérationnel et organisationnel entre secrétariats ou présidences de partis cantonaux.

→ Nous demandons qu'une instance particulière soit ajoutée aux statuts, comme instance opérationnelle qui serait un espace d'échanges entre partis cantonaux, et qui se réunirait quatre fois par an.

→ Nous demandons que les représentant-es des partis aient la possibilité de déléguer leur représentation à un-e secrétaire ou autre membre de la direction en cas d'indisponibilité.

---

## Stellungnahme der SP Kanton Graubünden

Grundsätzliches/Eintretensfrage: Begrüsst ihr die vorgeschlagene Statutenreform oder gibt es generelle Kritik am Vorschlag von Präsidium und Geschäftsleitung?

*Wir begrüssen die Statutenreform und halten das Bestreben, die Strukturen zu bereinigen und die Basis stärker einzubinden für richtig.*

### Repräsentanz

Seid ihr einverstanden, dass jede Kantonalpartei im Parteirat eine Stimme hat?

*Wir sind damit einverstanden. Wir verstehen Bestrebungen der mitgliederstarken Sektionen nach zahlenstärkerer Vertretung zwar, möchten aber darauf hinweisen, dass für uns die wichtigste Funktion des Parteirats vor allem in der strategischen Entscheidungsfindung und nicht in der Repräsentanz liegt. Auf keinen Fall sollte der Parteirat deshalb personell zu stark aufgeblasen werden.*

*Zusatzbemerkung: Im Hinblick auf die starke zeitliche Beanspruchung des Führungspersonals der Kantonalparteien erachten wir sechs Parteiratssitzungen pro Jahr als zu viel. Inklusive der Parteitage würde sich der Aufwand für nationale Angelegenheiten mindestens verdoppeln. Vier Parteiratssitzungen pro Jahr müssen als Mindestanzahl ausreichen. Wir würden einen dementsprechenden Antrag am Parteitag einbringen.*

Würdet ihr es begrüssen, wenn die grossen Städte ebenfalls im Parteirat vertreten wären? Wenn ja, ab welcher Grösse? Wenn nein, weshalb nicht?

*Für uns ist das begrüssenswert. Vor einer Erweiterung über die fünf grössten Städte hinaus raten wir ab. Hier geht es uns wiederum darum, den Parteirat nicht über Gebühr aufzublasen.*

Soll es frei gewählte Mitglieder im Parteirat geben? Wie viele? Wenn nein, weshalb nicht?

*Die SP Graubünden findet das in Ordnung, aber nicht zwingend notwendig. Sollte der Parteirat über weitere Kantonalvertretungen oder weitere Städtevertretungen vergrössert werden, würden wir dazu raten, auf frei gewählte Mitglieder zu verzichten.*

Findet ihr die vorgeschlagenen Mitglieder ohne Stimmrecht sinnvoll? Wenn nein, welche würdet ihr streichen?

*Ja. Wir erachten es als sinnvoll, das Fachwissen dieser Mitglieder in den Parteirat einzugliedern.*

Haltet ihr die Grösse des Parteirats für angemessen?

---

*Ja. Der Parteirat sollte auf keinen Fall noch grösser werden. Sonst geht die notwendige Flexibilität für strategische Diskussionen gänzlich verloren.*

Gibt es weitere Repräsentanz-Fragen (Geschlecht, Sprachregionen usw.), die ihr aufnehmen möchtet?

*Nein.*

### **Kompetenz-Verteilung**

Leuchtet die Kompetenzverteilung zwischen Präsidium, Parteirat und Parteitag ein?

*Ja.*

Braucht es Änderungen? Gibt es Kompetenzen, die eurer Meinung nach fehlen oder falsch zugeteilt sind?

*Nein.*

### **Mitwirkungsmöglichkeiten**

Befürwortet ihr die organisatorische Neustrukturierung der bisherigen Fachkommissionen als Themenkommissionen, die neu auch der Koordinierung und Umsetzung der SP-Politik über alle Staatsebenen dienen sollen, sowie der verstärkten Mitwirkung von Basismitgliedern?

*Ja.*

Befürwortet ihr die Schaffung von Foren als neuer «Ebene» der parteiinternen Organisation und Meinungsbildung?

*Ja.*

Begrüsst ihr, dass die unkomplizierte Schaffung von Arbeitsgruppen zu verschiedensten Themen nun auch in den Statuten verankert ist?

*Ja.*

---

## Prise de position du PS Neuchâtelois

### Questions de principe/entrée en matière

- Accueillez-vous favorablement la proposition de réforme des statuts ? Ou bien la proposition de la Présidence et du Comité directeur fait-elle l'objet d'une critique générale ?

Si nous partageons le constat d'une prédominance du « top-bottom » dans la conduite des réflexions du parti, il nous apparaît que, paradoxalement, cette proposition de réforme emprunte le même chemin, n'associant que peu la base à la réflexion. Nous sommes d'avis que ces questions ne relèvent pas que d'un aspect formel et qu'une réforme des organes du parti et de la répartition des compétences entre ces organes est une question de fond.

**Nous demandons au Comité directeur de mettre en place un processus participatif impliquant les sections sur ces questions, afin de proposer un projet qui émanerait de la base.**

Nous sommes conscients que cela retarderait quelque peu le processus de réforme, mais il nous semble que la précipitation est mauvaise conseillère et que ces questions méritent un débat approfondi. Enfin, une telle démarche nous paraît plus cohérente avec les conclusions avancées dans le papier de position et contribuerait à poser un premier jalon des groupes de travail et forums proposés.

### Représentation

- Êtes-vous d'accord pour que chaque Parti cantonal dispose d'une voix au sein du Conseil du parti ?

Oui

- Seriez-vous favorables à ce que les grandes villes soient également représentées au sein du Conseil du parti ? Si oui, à partir de quelle taille ? Dans la négative, pour quelles raisons ?

Non, voir commentaire suivant.

- Doit-il y avoir des membres librement élus au Conseil du parti ? Combien ? Dans la négative, pour quelles raisons ?

Indépendamment de la nature des compétences de ce Conseil, la composition proposée confère une part bien trop importante à des membres de droit. La proportion de ces derniers devrait être davantage limitée afin d'accorder une plus grande place à des membres de la base. C'est une question de représentation de la base et de contrôle démocratique.

**Nous demandons que le Conseil du parti soit composé de 100 membres, dont 33% sont membres de droit et représentent les partis cantonaux ainsi que les sections JS, F\*SS, PS Migrant-es, PS 60+, PS International et PS Queer.**

- 
- Pensez-vous qu'il y ait un sens à proposer des membres qui n'ont pas le droit de vote ? Dans la négative, lesquels bifferiez-vous ?

Non, cela n'a pas particulièrement de sens dans la mesure où le congrès est public.

- Considérez-vous la taille du Conseil du parti comme appropriée ?

Le Conseil du parti est soit trop grand pour être efficace, soit trop petit pour être démocratiquement représentatif. Voilà pourquoi nous estimons nécessaire de conserver l'Assemblée des délégué-es.

- Y a-t-il d'autres questions de représentation (sexe, régions linguistiques, etc.) que vous souhaiteriez aborder ?

Non

### **Répartition des compétences**

- La répartition des compétences entre la Présidence, le Conseil du parti et le Congrès du parti coule-t-elle de source ? Des changements s'imposent-ils ? Y a-t-il des compétences qui, selon vous, manquent à l'appel ou sont mal attribuées ?

La question des compétences de ce nouvel organe ne nous paraît pas claire. En effet, d'une part ce Conseil devrait remplacer l'actuel Comité directeur et la Coco, qui sont des organes exécutifs, et se substituer aux Assemblées de délégué-es, qui relèvent du législatif. En termes de séparation des pouvoirs, cela pose un réel problème. Par conséquent, il nous semble opportun de limiter les compétences de ce Conseil aux tâches exécutives et de remplacer uniquement le Comité directeur et la Conférence de coordination.

L'AD est, par sa composition et le nombre de ses membres, bien plus représentative de la base que le Conseil du parti projeté. Le maintien de deux AD par année permettrait aussi de respecter la séparation des pouvoirs mentionnée plus haut et de réserver l'aspect législatif à des réunions larges (AD et Congrès), permettant aux militant-es de la base d'y participer pleinement – ce que le Conseil de parti exclut en l'état par le nombre restreint de ses membres, la fréquence de ses réunions et sa composition telle que proposée.

### **Nous soutenons le maintien de deux Assemblées des délégué-es par années, ainsi que d'un congrès, afin de prendre position sur les objets relevant actuellement de sa compétence.**

Nous souhaitons attirer l'attention du Comité directeur sur le fait que l'organisation d'un congrès requiert des infrastructures importantes, que tous les cantons n'offrent pas. Outre une salle de réunion permettant d'accueillir un millier de participant-es, il faut également des capacités d'hébergement et de restauration importantes.

Tenir deux congrès par an, revient à quadrupler le rythme de ces congrès et nous amène à penser que nous aurons assez vite fait le tour des villes pouvant accueillir un tel événement. Dans les faits, plusieurs cantons se verront empêchés d'en organiser et n'accueilleront plus d'événements nationaux de notre parti sur leur sol.

En ce sens, maintenir deux AD par année permettrait de corriger cette inégalité et de pouvoir mieux sillonner le pays, avec ce que la tenue d'événements nationaux peut amener comme visibilité pour les partis cantonaux les accueillant, élément aussi stratégique non-négligeable selon les campagnes en cours dans les différents cantons.

---

Considérant que la possibilité du Vote général consolide le caractère démocratique des décisions des différents organes, les compétences du Congrès, du Conseil de parti et de l'Assemblée des délégué-es devraient être modifiées dans ce sens et offrir davantage la possibilité de recourir à cet outil.

Le Conseil de parti et le Congrès doivent pouvoir réagir rapidement aux questions d'actualité. Par conséquent, leur convocation devrait également être possible par un certain nombre de membres ou de sections et dans des délais restreints.

### **Possibilités de participation (codétermination)**

- Êtes-vous favorables à la restructuration organisationnelle des commissions spécialisées actuelles en commissions thématiques, qui serviront désormais aussi à coordonner et à mettre en œuvre la politique du PS à tous les niveaux étatiques, ainsi qu'à favoriser une participation accrue des membres de la base ?

Toute démarche visant à inclure davantage les membres est bienvenue.

- Êtes-vous favorables à la création de forums comme nouveau « niveau » de l'organisation interne du parti et de formation de l'opinion ?

Toute démarche visant à inclure davantage les membres est bienvenue.

- Vous réjouissez-vous du fait que la création sans complications de groupes de travail sur différents thèmes soit désormais aussi ancrée dans les statuts ?

Toute démarche visant à inclure davantage les membres est bienvenue.

---

## **Stellungnahme SP Kanton Schwyz**

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Schwyz bedankt sich für die Möglichkeit, sich zur geplanten Statutenrevision der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz zu äussern, welche vom ausserordentlichen Parteitag vom 28. August 2021 in St. Gallen behandelt und verabschiedet werden soll. Ausserdem danken wir dem Co-Präsidium für den persönlichen Austausch vom 20. Mai 2021 betreffend der vorliegenden Revision.

### **Allgemeines**

Die SP Kanton Schwyz begrüsst im Grundsatz die Stossrichtung des neuen Co-Präsidiums, in Zukunft die Basis breiter in die Willens- und Entscheidungsfindung der Partei einbinden zu wollen. Jedoch teilen wir in der SP Kanton Schwyz das Bedürfnis der grossen Kantone nicht, verstärkt in die Arbeit der Geschäftsleitung eingebunden zu werden. Aus unserer Sicht funktionieren die heutigen Organe, insbesondere die Koordinationskonferenz und die Delegiertenversammlung, gut. Wir stellen uns deshalb gegen ihre Abschaffung und lehnen die Schaffung eines neuen Parteirats in der vorgesehenen Form ab. Nichtsdestotrotz wollen wir bei der Strukturreform aktiv mitarbeiten und Verbesserungsvorschläge machen – ganz im Sinne einer konstruktiven parteiinternen Debatte.

### **Detailberatung: Anträge zu den Artikeln**

#### **Parteitag**

Der Parteitag ist das oberste Organ der Partei. Dass der Parteitag das wichtigste und oberste Organ der Partei ist, geht aus dem neuen Kompetenzkatalog des Parteitages jedoch nicht mehr hervor. Gemäss Vorschlag soll der Parteitag in Zukunft im Grossen und Ganzen nur noch über statutarische Geschäfte entscheiden. Das wird dem obersten Organ nicht gerecht. Wichtige Entscheidungen, die die Politik der Partei und des Bundes betreffen, sollen vom obersten Organ entschieden werden, wie bspw. die Wahl von wichtigen Parteiämtern aber auch die Kompetenz, selbstständig Initiativen und Referenden initiieren, ohne dass ein anderes Organ die Initiierung beantragen muss.

Die wichtigste Aufgabe, die unserer Meinung nach vom Parteitag jedoch zwingend übernommen werden muss, ist die Parolenfassung zu eidgenössischen Volksabstimmungen. Die politische Agenda wird in der Schweiz durch die Abstimmungsvorlagen geprägt. Über die Parolenfassung soll, wie bisher, eine breitere Basis entscheiden und nicht ein wenig repräsentativer Parteirat. Es bestünde ansonsten die Gefahr, dass es zu einer regelrechten Entfremdung zwischen Parteibasis und Parteiführung kommt. Die SP ist bekannt für ihre lebendige Diskussionskultur und die Forderung nach mehr Basisdemokratie. Das muss sich im Kompetenzkatalog des Parteitages wiederfinden. Sollte aus Gründen der Dringlichkeit eine Entscheidung nicht durch den Parteitag gefällt werden können, kann der Parteirat stellvertretend die Kompetenzen des Parteitages wahrnehmen.

#### **Parteirat**

Der Parteirat scheint auf den ersten Blick ein gutes Gremium zu sein. Bei der Umsetzung wird es dann allerdings schwierig. Um die SP-Basis im Parteirat abzubilden, wäre eine proportionale

---

Vertretung nötig. Daher ist es verständlich, dass die grossen Kantonalparteien bzw. die grössten Städte nach mehr Vertretung verlangen. Allerdings scheint der Parteirat jetzt schon zu gross und damit zu träge für seine Aufgaben.

Wir befürchten, dass er eine Art zweites Parlament unterhalb des Parteitags werden würde. Aus unserer Sicht eine unnötige und problematische Doppelung.

Die Vorbereitung und Durchführung von Parteiratssitzungen würden zudem sehr viel personelle und finanzielle Ressourcen der SP binden, die wir statt für parteiinterne Debatten lieber für nach aussen sichtbare Kampagnen einsetzen möchten.

Für eine kleinere Kantonalpartei wie unsere, sind sechs Termine im Jahr ausserdem schwierig zu besetzen.

Die frei gewählten Mitglieder finden wir zwar eine gute Idee, um zu verhindern, dass die Basis der Partei eben doch nicht mit dabei ist, sondern nur Funktionär:innen. Allerdings befürchten wird, dass diese Sitze dann lediglich von den grossen Kantonalparteien oder Städteparteien für eine bessere Vertretung genutzt werden.

Solange die obengenannten Aufgaben dem Parteitag zugewiesen werden, scheint es uns nicht erforderlich, dass auch der Parteirat durch freie Mitglieder ergänzt wird.

### **Schlussbestimmungen**

Die Sprachenvielfalt zeichnet die Schweiz aus. Das Gleiche muss für die SP gelten. Alle Amtssprachen sind in der Schweiz gleichberechtigt. Die deutsche Sprache soll die anderen Sprachen nicht verdrängen. Genau wie beim Bundesrecht, sollen alle Statutenversionen unabhängig der Sprache den gleichen Stellenwert haben. Die deutschsprachige Version soll keinen Vorzug geniessen.

---

## Stellungnahme der SP Kanton St. Gallen

*Begrüsst ihr die vorgeschlagene Statutenreform oder gibt es generelle Kritik am Vorschlag von Präsidium und Geschäftsleitung?*

Die SP Kanton St.Gallen begrüsst die vorgelegte Statutenreform. Sie bietet einen verbesserten Einbezug der Basis und klärt die Kompetenzen der einzelnen Organe. Die Schaffung bzw. Neustrukturierung der Themenkommissionen, die Abschaffung der GL sowie die Aufwertung des Parteitags erachten wir als sinnvoll. Ebenso sind wir der Schaffung des Parteirats positiv eingestellt. Fragen stellen sich insbesondere hinsichtlich Organisation und Ausgestaltung des Parteirats.

*Seid ihr einverstanden, dass jede Kantonalpartei im Parteirat eine Stimme hat?*

Von den rund 80 Sitzen entfallen künftig rund die Hälfte auf die Kantone und Städte. Dass alle Kantonalparteien im neuen Parteirat vertreten sind, ist begrüssenswert. Allerdings sind die Mitgliederzahlen der Kantonalparteien äusserst disproportional abgebildet. Insbesondere ist es mit Blick auf die zehn freien Mitglieder wenig nachvollziehbar, weshalb ein Einzelmitglied gleiches Gewicht wie eine Kantonalpartei mit über 1000 Mitglieder haben soll.

Es ist klar, dass die Grössen im Parteirat nur mit Einschränkung abgebildet werden können. Dennoch empfiehlt die SP Kanton St.Gallen, grössere Kantonalparteien mit einem zusätzlichen Sitz auszustatten, um das Missverhältnis zumindest ein wenig auszugleichen (siehe Antrag).

*Würdet ihr es begrüssen, wenn die grossen Städte ebenfalls im Parteirat vertreten wären? Wenn ja, ab welcher Grösse? Wenn nein, weshalb nicht?*

Für die SP Kanton St.Gallen ist es zwingend, dass die urbanen Zentren in der SP Schweiz vertreten sind. Der Statutenentwurf trägt diesem Anliegen mit den fünf Sitzen gemäss Art. 14, Abs. 5b zuhanden der grossen Zentren nur bedingt Rechnung. Regionale Zentren der Ost-, Zentral- und Südschweiz wie Luzern, St.Gallen oder Lugano sind in diesem Schlüssel allerdings nicht vertreten. Da die Stadtparteien durch die Abschaffung der KoKo weiter an Gewicht verlieren, unterstützt die SP Kanton St.Gallen ausdrücklich den Wunsch mehrerer Stadtsektionen nach einer Ausweitung der Städtevertretungen. Neu sollten die zehn grössten Städte vertreten sein, wie dies in den entsprechenden Anträgen einiger Stadtparteien gefordert wird.

*Soll es frei gewählte Mitglieder im Parteirat geben? Wie viele? Wenn nein, weshalb nicht?*

Angesichts der zahlenmässigen Vertretungen der Kantone und der Städte erscheint die Zahl von zehn frei gewählten Mitgliedern an der oberen Grenze. Im Vergleich zu grösseren Kantonalparteien oder den Organen haben die frei gewählten Mitglieder ein sehr grosses Gewicht. Es stellt sich die Frage, ob Mitglieder zusätzlich zum zweimal jährlich stattfindenden Parteitag – der eigentlichen Mitgliedervertretung – zusätzlich im Parteirat vertreten sein müssen. Weiter unklar ist, nach welchen Kriterien die frei gewählten Mitglieder am Parteitag gewählt werden sollen bzw. welche Art der Repräsentanz erzielt werden soll.

*Findet ihr die vorgeschlagenen Mitglieder ohne Stimmrecht sinnvoll? Wenn nein, welche würdet ihr streichen?*

Die vorgeschlagenen Mitglieder ohne Stimmrecht erscheinen sinnvoll.

---

*Haltet ihr die Grösse des Parteirats für angemessen? Gibt es weitere Repräsentanz-Fragen (Geschlecht, Sprachregionen usw.), die ihr aufnehmen möchtet?*

Ein Gremium mit mehreren Dutzend Mitgliedern bringt aus Sicht der SP Kanton St.Gallen zweifellos einen gewissen organisatorischen Aufwand mit sich. Aus Gründen der Repräsentanz ist eine kritische Grösse jedoch wünschenswert. Die rund 80 Mitglieder scheinen angemessen. Grundsätzliche Bedenken, wonach der Parteirat zu gross sein könnte, können, ohne das Gremium grundsätzlich zu hinterfragen, daher nicht geteilt werden. Es ist ohnehin damit zu rechnen, dass ab einer Grösse von rund 30 Personen eine gewisse Trägheit in einem Gremium unvermeidlich ist.

Der Parteirat soll, wie jedes andere Gremium, eine ausgeglichene Geschlechtervertretung aufweisen. Sollte sich ein paritätisches Geschlechterverhältnis durch die Wahl der Mitglieder in den Organen, Sektionen und Kantonalparteien nicht einstellen, müssen gegebenenfalls Anpassungen vorgenommen werden. Wie oben beschrieben erscheint zudem eine angemessene Vertretung der Regionen und deren Zentren wichtig.

#### *Organisatorisches*

Für die SP Kanton St.Gallen erscheint die Zahl von sechs Sitzungen angemessen. Zu bedenken ist, dass für Personen aus Rand- und Bergregionen nebst der inhaltlichen Vorbereitung der Reiseaufwand bei physischen Sitzungen nicht unterschätzt werden darf. Es stellt sich zudem die Frage, ob zwingend Mitglieder des obersten Leitungsgremiums, sprich den Präsidien, dem künftigen Parteirat angehören sollen. Angesichts der ohnehin zeitintensiven Tätigkeit der kantonalen und städtischen Parteipräsidien erscheint es sinnvoll, diese Voraussetzung allenfalls etwas abzuschwächen. So wäre z.B. denkbar, ein Mitglied des erweiterten Leitungsgremiums (Vorstand, GL, Vize-Präsidien etc.) für diese Aufgabe zu delegieren.

*Leuchtet die Kompetenzverteilung zwischen Präsidium, Parteirat und Parteitag ein? Braucht es Änderungen? Gibt es Kompetenzen, die eurer Meinung nach fehlen oder falsch zugeteilt sind?*

Die Kompetenzverteilung zwischen Präsidium, Parteirat und Parteitag scheint nachvollziehbar und begrüssenswert.

*Befürwortet ihr die organisatorische Neustrukturierung der bisherigen Fachkommissionen als Themenkommissionen, die neu auch der Koordinierung und Umsetzung der SP-Politik über alle Staatsebenen dienen sollen, sowie der verstärkten Mitwirkung von Basismitgliedern? Befürwortet ihr die Schaffung von Foren als neuer «Ebene» der parteiinternen Organisation und Meinungsbildung? Begrüsst ihr, dass die unkomplizierte Schaffung von Arbeitsgruppen zu verschiedensten Themen nun auch in den Statuten verankert ist?*

Jede Stärkung des Einbezugs der Basis ist zu begrüssen. Insofern unterstützen wir die Restrukturierung der Fach- bzw. Themenkommissionen. Wichtig ist, dass der Zugang zu den Themenkommissionen wie auch zu den Foren und Arbeitsgruppen im Vergleich zu den heutigen Fachkommissionen niederschwellig ist. Zudem sollen die Themenkommissionen mit klaren Aufgaben betraut werden. Die Abgrenzung der Themenkommissionen zu den Foren und Arbeitsgruppen erscheint noch nicht durchgängig klar.

---

## Stellungnahme der SP Kanton Zürich

### Einleitende Bemerkungen und offene Fragen:

- Wir begrüßen grundsätzlich die Idee, die heutigen Strukturen anzupassen. Es ist richtig, dass mehr Mitglieder eingebunden und so besser «abgeholt» werden sollen. Auch macht es Sinn, das breite thematische Wissen innerhalb der Partei gezielter zu nutzen.
- Schaffung des Parteirats (PR):
  - Wir sehen die Möglichkeit zu kritischen und nutzbringenden Diskussionen durch die grundsätzlich öffentlichen Durchführungen eingeschränkt und sind deswegen dafür, dass der PR grundsätzlich nicht öffentlich stattfinden soll. Im Ausnahmefall sollte es aber möglich sein, Teile von Sitzungen öffentlich abzuhalten.
  - Wir sehen durch die vielen Einzeldellegationen den Anspruch von Art. 4 kaum umsetzbar und erwarten einen Vorschlag, wie die Vorgabe trotzdem erfüllt werden kann.

### Antworten auf Fragebogen Diskussionspapier:

#### Repräsentanz:

- Wir sind nicht einverstanden, dass jede Kantonalpartei nur eine Stimme hat. Die SP Kanton Zürich wird dadurch bezüglich Repräsentanz unverhältnismässig schlechter gestellt. Repräsentanz ist per se nicht sehr demokratisch, weil es zu völlig unterschiedlichen Gewichtungen der Mitglieder führt.
- Ja, die grossen Städte sollen im PR vertreten sein.
- Anzahl frei gewählte Mitglieder gut bei 10.
- Anzahl Mitglieder ohne Stimmrecht sinnvoll so. Eventuell könnten auch noch zivilgesellschaftliche Organisationen einbezogen werden (zB. Flüchtlingsorganisationen). Wir schlagen insbesondere vor, auch TravailSuisse einzuschliessen, der zwar traditionell nicht sozialdemokratisch ist, aber seit längerem SP--geführt ist und uns auch inhaltlich deutlich näher steht als vor Jahrzehnten.
- Vom Konzept her geht es gar nicht anders, dass der PR kleiner sein könnte. Der PR soll aber thematische Ausschüsse machen (zB. für Vernehmlassungen).
- Keine weiteren Repräsentanz--Vorgaben nötig

#### Kompetenz-Verteilung:

- Die vorgeschlagene Kompetenz--Verteilung leuchtet grundsätzlich ein. Jedoch sind wir nicht einverstanden, dass für Vernehmlassungen ausschliesslich das Präsidium zuständig ist. Es sollen hier grössere Teile der Partei explizit begrüsst werden, insbesondere die jeweiligen Delegationen der Fraktion, die Mitglieder des Parteirates (nicht nur das Gremium) und die potentiell relevanten Fachkommissionen, um eine breitere Meinungsbildung unter Einbezug von thematischen Fachleuten zu ermöglichen.

#### Mitwirkungsmöglichkeiten:

- Wir sind skeptisch gegenüber diesen Themenkommissionen und sehen die Verbesserungen gegenüber den heutigen Fachkommissionen nicht (ausser dem Stimmrecht im

---

PR). Im Gegenteil, wir befürchten eine grössere Unverbindlichkeit. In solchen Themenkommissionen braucht es zwingend Leute mit einem fachlichen Background. Aus diesen Kommissionen bezieht die Partei ihr Fachwissen und es entstehen auch politstrategische Vorschläge (zB. Alternativkonzept zu den neuen Kampfbotschaften). Dies muss weiterhin gewährleistet bleiben. Auch die Umbenennung spricht den Kommissionen Fachkompetenz ab, weshalb wir für die Beibehaltung der Benennung als Fachkommissionen plädieren.

- Wir sehen den Nutzen der Foren nicht. Wir vermuten gar, dass diese dazu führen könnten, dass sich Gruppen innerhalb der Partei abgrenzen, statt sich in den normalen Entscheidungsfindungsprozessen zu engagieren.
- Wir sind durchaus für eine einfache und unkomplizierte Schaffung von Arbeitsgruppen. Da diese allerdings auch im vorliegenden Vorschlag keine Kompetenzen im Parteiapparat haben, sehen wir keine Notwendigkeit, diese in den Statuten zu verankern. «Grüppli» können ja jederzeit auf jeder Stufe eingesetzt werden, solange die Statuten dies nicht explizit ausschliessen.

---

## **Stellungnahme der SP Migrant\*innen**

Wir, die Geschäftsleitung der SP Migrant\*innen, begrüßen die Strukturreform grundsätzlich und sehen darin Potenzial für niederschwelligere Partizipationsmöglichkeiten und klarere Kompetenzverteilungen. Von den niederschwelligeren Angeboten könnten insbesondere auch Menschen mit Migrationshintergrund profitieren. Zudem begrüßen wir es, dass den Fachgremien mehr Kompetenzen erteilt werden.

In Bezug auf den Parteirat haben wir jedoch die Befürchtung, dass keine angemessene Repräsentation Migrant\*innen sichergestellt werden kann. Wir sind uns bewusst, dass im Rahmen der Reform diverse Bedürfnisse und Anspruchsgruppen berücksichtigt werden müssen und anerkennen, dass dies eine anspruchsvolle Aufgabe ist. Trotzdem sind wir der Meinung, dass Migrant\*innen ein starkes Gewicht in diesem Prozess verdienen. Heute haben rund 38% der ständigen Wohnbevölkerung einen Migrationshintergrund. Viel zu häufig werden ihre Stimmen auf dem politischen Parkett aber nicht gehört. In der SP können und müssen wir das anders vorleben.

Die SP Migrant\*innen sind aktuell in der Geschäftsleitung der SP Schweiz mit 2 von 23 Sitzen vertreten. Die Strukturreform sieht in einem fast vier Mal so grossen Gremium weiterhin zwei Delegierte aus der Geschäftsleitung der SP Migrant\*innen vor. Somit geht mit der Strukturreform eine massive Verwässerung unserer Stimmkraft einher.

Natürlich ist es denkbar, dass Migrant\*innen in anderen Funktionen (z.B. als Sektionsvertretungen) ein Stimmrecht besitzen. Die Realität zeigt, dass das in den Sektionen faktisch nicht der Fall ist. Sich darauf zu verlassen, dass sich eine angemessene Repräsentation automatisch einstellen wird, scheint uns gefährlich. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass eine gesellschaftsabbildende Repräsentation weiterhin bewusst gefördert und angestrebt werden muss. Die Partei hat mit der Schaffung der SP Migrant\*innen diese Notwendigkeit anerkannt. Diese Sensibilität muss nun auch in der Phase der Strukturreform beibehalten werden, damit erkämpfte Fortschritte nicht verloren gehen.

Zusätzlich haben wir Vorbehalte, was die Machtverteilung der Partei nach der Reform angeht. Im Falle eines schlecht funktionierenden Parteirates hätte das Präsidium mehr Macht als bis anhin. Darum ist ein starker, gut funktionierender Parteirat als Gegengewicht die Grundprämisse.

---

## Déclaration du PS Migrant-e-s

Nous, la direction du PS Migrant-e-s, saluons la réforme structurelle dans son principe et y voyons un plus grand potentiel des possibilités de participation et une répartition plus claire des compétences. Les personnes issues de l'immigration, en particulier, pourraient en bénéficier. Nous saluons également le fait que les commissions spécialisées se voient attribuer davantage de pouvoirs.

En ce qui concerne le Conseil du parti, cependant, nous craignons qu'aucune représentation adéquate des migrant-e-s ne puisse être assurée. Nous sommes conscient-e-s que la réforme doit tenir compte de la diversité des besoins et des parties prenantes et reconnaissons qu'il s'agit d'une tâche difficile. Néanmoins, nous pensons que les migrant-e-s méritent une voix forte dans ce processus. Aujourd'hui, environ 38 % de la population résidente permanente est issue de l'immigration et, bien trop souvent, leurs voix ne sont pas entendues dans l'arène politique. Au sein du PS, nous pouvons et devons donner l'exemple différemment.

Le PS Migrant-e-s est actuellement représenté dans l'exécutif du PS Suisse avec 2 sièges sur 23. La réforme structurelle prévoit la présence de deux délégué-e-s issues du Comité directeur du PS Migrant-e-s dans un conseil presque quatre fois plus grand. Ainsi, la réforme structurelle s'accompagne d'une dilution massive du pouvoir de nos votes.

Bien sûr, il est possible que les migrants aient le droit de vote dans d'autres fonctions (par exemple, en tant que représentants de section). La réalité montre que ce n'est de facto pas le cas dans les sections. Cependant, s'appuyer sur le fait qu'une représentation adéquate sera automatiquement assurée nous semble dangereux. L'expérience passée a montré qu'une vraie représentation de la société doit continuer à être consciemment encouragée et poursuivie. Le parti a reconnu ce besoin avec la création du PS Migrant-e-s. Cette sensibilité doit maintenant être maintenue dans la phase de réforme structurelle, afin que les progrès pour lesquels on s'est battu ne soient pas perdus.

En outre, nous émettons des réserves quant à la répartition du pouvoir au sein du parti après la réforme. En cas de mauvais fonctionnement du conseil du parti, le présidium aurait plus de pouvoir qu'auparavant. C'est pourquoi un conseil de parti fort et fonctionnant bien, en tant que contrepoids, est la prémisse de base.

---

## Stellungnahme Sektion Stadt Aarau

Wir begrüßen den vorliegenden Entwurf der Statutenrevision sehr, insbesondere zweigrundsätzliche Ziele:

1. Die aktive Basis stärker in die Festlegung und Umsetzung der politischen Ziele zu involvieren – und so auch zu aktivieren. Und mit ihr auch in einer echten Debattelaufend die Ziele und die Strategie und Taktik zu besprechen und zu diskutieren.
2. Die fachlichen Ressourcen und Kompetenzen unserer Mitglieder besser zu nutzen und so unsere Exponentinnen auf allen Ebenen – auch in den Sektionen – zu stärken. Darum fokussieren wir uns auch auf die Stärkung der Themenkommissionen auf verschiedenen Ebenen.

Wir meinen, dass diese Ziele noch besser unterstützt werden sollten, darum unsere Anträge, um diese Statutenrevision zu stärken:

Anträge

### Kantonalparteien: (ART. 7)

7.1. *Die Kantonalparteien fördern und koordinieren die Arbeit ihrer Sektionen **und organisieren dazu auch kantonale Themenkommissionen.** Sie organisieren die politische Bildungsarbeit .....*

### Die Organe der Partei: (Art. 13)

13.1.k. die Themenkommissionen

### Parteitag: (Art. 14)

14.1. *seine Beschlüsse sind auch für ..... **Parteirat** verbindlich*

14.3.l. je ein\*e Delegiert\*e jeder Themenkommission

14.7.n. Genehmigung des Jahresberichtes des Präsidiums

14.7.o. Genehmigung des Rechenschaftsberichts über die Erreichung der 4 Jahresziele (gemäss 14.7.i)

### Parteirat (Art. 14 neu):

14.4. *der Parteirat tagt in der Regel **NICHT** öffentlich*

14.5.a *den Kantonalparteien mit je 1 – 3 Vertreter\*innen .....*

14.5.b. ~~den Stadtparteien der fünf einwohnermässig grössten Städte der Schweiz mit je einem/einer Vertreter\*in, der/die Mitglied des obersten Leitungsgremiums der Stadtpartei sein muss.~~

### Zentralsekretariat:

17.1.j. fachliche und administrative Unterstützung der Themenkommissionen

- 
- 17.1.k. Fachliche Weiterbildung der Sektionen – zusammen mit den Themenkommissionen
  - 17.1.l. Sicherstellung der internen und externen Kommunikation
  - 17.1.m. Bereitstellen guter, sicherer digitaler Kollaborationsinstrumenten für die Sektionen, Organe, Themenkommissionen, Foren und Arbeitsgruppen

#### **Fraktion:**

19.8. die Fraktion arbeitet in grundsätzlichen Fachfragen eng mit den entsprechenden Themenkommissionen zusammen.

#### **Themenkommissionen: (Art. 19 neu)**

*Die Themenkommissionen **entwickeln das themenspezifische Wissen** und koordinieren und **unterstützen** die Politik der SP in den wesentlichen politischen Themenfeldern auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene. **Sie arbeiten eng mit der Fraktion zusammen. Sie haben eine beratende Funktion und Rolle.***

19.3. *Die Themenkommissionen können **themenspezifische** und sprachregionale Subkommissionen bilden. **Diese werden ebenfalls von einem Präsidium geleitet. Die Themenkommissionen legen ihre internen Arbeitsstrukturen selber fest.***

#### **Begründungen:**

##### **Die Stärkung der Themenkommissionen verfolgt 3 Ziele:**

1. Die Partei fachlich kompetenter zu machen
2. Die vielen (passiven) Fachleute in unserer Partei zur aktiven Mitarbeit zu bewegen
3. Die Attraktivität der Partei für fachkompetente Bürger\*innen steigern

Um dies zu erreichen müssen verschiedene strukturelle Ziele ebenfalls erreicht werden:

1. Wirkung und Wertschätzung: Die Arbeit der Fachleute wird nur dann nachhaltig erfolgen, wenn sie feststellen, dass ihr (freiwillige) Arbeit auch Wirkung erzielt – und das geschieht vor allem dann, wenn die politischen Protagonist\*innen, insbesondere die Mitglieder unserer Bundeshausfraktion, diese Ergebnisse auch aktiv aufnehmen und die Fachleute an ihrer Meinungsbildung teilhaben lassen.
2. Dazu müssen diese Themenkommissionen auch eine minimale Arbeitsstruktur vorfinden, die sie materiell und organisatorisch unterstützt, sodass sie einigermaßen effizient arbeiten können sodass die politischen Protagonisten materiell unterstützt werden, aber auch zeitlich wirklich entlastet werden können.
3. Die Themenkommissionen müssen auch darum sichtbar aufgewertet werden – auf allen Ebenen:
  - Sie müssen ebenfalls ein Organ der Partei werden, wie die Finanzkommission oder die SP queer,....
  - Sie sollten ebenfalls verbindlich in den Kantonalparteien verankert werden

- 
- Sie müssen vom Zentralsekretariat materiell und organisatorisch unterstützt werden
  - Auch die Fraktion muss die Themenkommissionen proaktiv involvieren

### **Die aktive Basis stärker zu involvieren / spannende Debatten fördern**

Die Rolle des Parteitags wird zwar sehr aufgewertet, aber die konkreten Aufgaben sind dunkel – sehr viel geht an den Parteirat.

Darum 2 Stossrichtungen:

Im Parteitag muss über die Strategie gesprochen werden – das findet alle 4 Jahre statt. Darum muss dies dann auch rückblickend diskutiert werden, ob die Ziele richtig und die Umsetzung gut waren.

Über die Umsetzung der Strategie soll **eine jährliche Berichterstattung** erfolgen. Diese soll – nach allfälliger Diskussion - vom Parteitag genehmigt werden.

Im Parteirat soll eine **engagierte politische Debatte stattfinden** – das ist aber nicht möglich, wenn der Parteirat grundsätzlich auch für die Presse öffentlich ist. Darum: wenn der Parteirat wirklich das Gremium der offenen, kontroversen Debatte sein soll, muss er **für die Presse NICHT öffentlich** sein.

Wenn in unserem Parteirat pro Kanton nur 1 Delegierte anwesend ist, dann produzieren wir eine unschöne Disproportion zwischen 5 Kleinstkantonen mit 30-40'000 und den 4 grössten Kantonen mit 700'000 bis 1,5 Mio. Eine gewisse Proportionalität mit 1-3 (ca. 50 Parteiräte) oder 1-5 Delegierten (ca. 60 Parteiräte) wäre sicher sinnvoll. Damit könnte man auch das Problem der Städte lösen, denn auch hier führt eine Grenze immer zu unschönen Ungerechtigkeiten.

Der Nebeneffekt, dass damit etwas mehr Parteiratsmitglieder entstehen, halten wir für positiv (es würden dann ca. 100-110 PR-Mitglieder). Grössere Kantonalsektionen können somit auch durch ihre Städte, resp. verschiedene Regionen, Perspektiven und Tendenzen repräsentiert werden. Sinngemäss ist der folgenden Artikel (Art. 14 (neu) 5.2.) zu streichen.

Neben einer langen Liste von Aufgaben für das Generalsekretariat sind die wichtigen Themen **Kommunikation und Kollaboration** völlig vergessen gegangen. Dabei sind sie aus Effizienz- und Datensicherheitsgründen sehr wichtig geworden – auch wir müssen nun einen grossen Schritt in der Digitalisierung unserer Partei unternehmen.

---

## Stellungnahme SP Gesamtpartei Biel/Bienne

Gerne nehmen auch wir von der Gesamtpartei Biel/Bienne Stellung zu der geplanten Statutenrevision und danken für die Möglichkeit dazu.

Grundsätzlich begrüssen wir die Stossrichtung der geplanten Änderung und Neuausrichtung und sind der Auffassung, dass die Strukturreform in die richtige Richtung zielt. Formal jedoch stören wir uns an der Tatsache, dass eigentlich damit mehr Partizipation erwünscht und ermöglicht werden soll, jedoch in der Ausarbeitung die Basis unserer Meinung nach zu wenig einbezogen wurde. Echte Strukturreformen, brauchen Zeit und Ressourcen, und sollten von einer breiten Basis getragen werden.

Zum Vorschlag der Statuten haben wir folgende inhaltliche Änderungsanträge:

Artikel 14 (neu), Abs. 5 b: ...den Stadtparteien ~~der fünf einwohnermässig grössten Städte der Schweiz~~ **mit über 50 000 Einwohner\*innen** mit je einem/einer Vertreter\*in, der/die Mitglied ~~des obersten Leitungsgremiums~~ **der Geschäftsleitung oder des Vorstands** der Stadtpartei sein muss.

### Begründung:

- Wenn lediglich die fünf grössten Städte miteinbezogen werden, sind die Städte resp. städtische Gebiete eindeutig untervertreten. Insbesondere Biel/Bienne mit seiner einmaligen Struktur der Zweisprachigkeit und traditionelle SP Hochburg wäre nicht vertreten. Wir würden dies ausserordentlich bedauern. Einmal mehr stünde Biel/Bienne im Schatten von Bern.
- Viele SP Sektionen sind personell schon sehr ausgelastet. Es sollte deshalb den Sektionen überlassen sein, wen sie in den Parteirat delegieren auch um den Ansatz der Basispartizipation konsequent zu verfolgen. Zudem ist das «oberste Leitungsgremium» ein ungenauer Begriff. Im Vereinsrecht ist immer die Haupt- oder Generalversammlung das oberste Organ. Sollte die Geschäftsleitung oder der Sektionsvorstand gemeint sein, sollte dies stringent durch alle Artikel umformuliert werden.

Bei der Nummerierung kam noch die Frage auf, ob sie korrekt ist, da zweimal der Artikel 14 verwendet wird. Einmal für den Parteitag und einmal für den Parteirat.

---

## Stellungnahme Sektion Horburg-Kleinhüningen

### Grundsätzliches

Die SP Horburg-Kleinhüningen begrüsst die Strukturreform, insbesondere sehen wir die Chance in der stärkeren Agilität der Parteistruktur.

### Repräsentanz

Die Reform will, dass die Partei basisdemokratischer wird. Die Frage stellt sich, wer genau in der Reform als Basis gemeint ist, wie die folgenden Ausführungen zeigen:

Die Kantonalparteien und die Stadtparteien senden in den **Parteirat** Vertreter\*innen ihres obersten Leitungsgremiums, sprich Personen aus dem Präsidium. An der heutigen Delegiertenversammlung wird eine kantonale Delegation von mehreren Mitgliedern gesendet, darunter auch Basismitglieder. Letzteres ergibt ein differenzierteres Abbild der Parteimeinung, Spezialanliegen können einfacher eingebracht werden. Für uns stellte sich daher in der Diskussion die Frage, weshalb der Parteirat nicht nur die GL und die Koordinationskonferenz ersetzt, sondern auch die DV, da Basisdemokratischer als der Parteirat.

Stärken der verschiedenen Vertreter\*innen-Gruppen im Parteirat:

- Kantonalparteien: 26
- Städte: 5
- Präsidium: ca. 10 Delegierte JUSO etc. : 10
- SP International: 1
- Themengruppen: ??
- Frei gewählte Mitglieder: 10

**Freigewählte Mitglieder:** Die frei gewählten Mitglieder für den Parteirat sind grundlegend, um auch anderen Stimmen als präsidiale und Spezialinteressen zu hören. Die Zahl von 10 Personen ist für den HK ein absolutes Minimum, besser wären 15. Offene Fragen sind: Wie werden die Personen nominiert und für wie lange gewählt?

**Stärkeverteilung:** Das Gewicht der Themengruppen im Parteirat lässt sich aktuell nicht abschätzen. Zu begrüßen ist, dass die Städte 5 zusätzliche Stimmen erhalten.

Am **Parteitag** hat jede Sektion, sei sie noch so klein, eine Stimme, trifft sich aber weitaus seltener (2x) als der Parteirat (6x).

**Häufigkeit Parteitag:** Positiv ist, dass sich nach der Abschaffung der DV der Parteitag häufiger trifft.

**Stärkeverteilung Parteitag:** Kleinere Sektionen sind am Parteitag gegenüber mittleren und grösseren Sektionen übertreten. Wir regen an, den Delegiertenschlüssel zu justieren. Möglichkeiten: Gemeindeebene statt Sektionsebene, Zusammenfassen in Regionen.

---

## Offene Frage und weitere Bemerkung zur Repräsentanz

- Wieso sind über 60-jährige automatisch Mitglied der Gruppe 60+, unter 35-jährige aber nicht der JUSO?
- Die Schaffung einer SP queer begrüßen wir sehr.

## Kompetenz-Verteilung

Grundsätzlich begrüßen wir die Kompetenzverteilung. Jedoch sollten die **Bottom-up- Einflussmöglichkeiten** gestärkt werden. Laut dem Entwurf entscheidet der Parteirat über die wichtigsten Geschäfte zwischen den Parteitag und setzt auch die Traktanden für den Parteirat.

Was, wenn die Mitglieder des Parteitages mit den politischen Entscheiden oder den Traktanden nicht einverstanden sind und z.B. auf ein Geschäft aus dem Parteirat zurückkommen wollen?

Die Reform sieht vor, dass alle am Parteitag antragsberechtigten Organe Anträge stellen können. Was mit diesen passiert, ist Sache des Parteirates. Dies genügt allerdings nicht, wenn auf Entscheide des Parteirates zurückgekommen werden soll. Ein Antrag kann mit der selben Mehrheit, welche den Entscheid herbeigeführt hat, abgelehnt werden.

**Referendumsmöglichkeit:** Der HK empfiehlt dringlich, eine Referendumsmöglichkeit für die am Parteitag berechtigten Organe und Organisationen zu schaffen, z.B. durch eine 2/3 Mehrheit der Mitglieder oder der Sektionen des Parteitags.

## Mitwirkungsmöglichkeiten

Der HK begrüsst die Stärkung der Themenkommissionen, insbesondere auch ihre Repräsentanz in den verschiedenen Gremien.

## Offene Fragen

- Wie entstehen die Themenkommissionen, gibt es für sie die Möglichkeit, Bottom-up Anträge im Parteirat/ am Parteitag zu stellen?
- Was für Möglichkeiten haben Arbeitsgruppen und Foren, sich in die Partei einzubringen? Müssen sie immer zuerst vom Parteirat zu einer Themenkommission ernannt werden oder können sie auch sonst Vorschläge einbringen?

---

## **Stellungnahme der SP Zürich 4**

Gerne nimmt die SP Zürich 4 Stellung zur geplanten Strukturreform. Wir begrüßen die Ziele dieser Reform und die angestrebte breitere Einbindung der Basis. Ob mit der vorgeschlagenen Gremienstruktur diese Ziele erreicht werden können, erscheint uns aber fraglich.

Im Folgenden listen wir unsere Anträge gemäss den vom Präsidium und der Geschäftsleitung formulierten Fragen auf.

### 1. Repräsentanz

#### **Parteirat**

Art. 14, Ziff 5, lit a:

Hier sind folgende Anpassungen nötig: Kantonalparteien sollen nach ihrer Mitgliederstärke im Parteirat vertreten sein. Der Schlüssel für die Berechnung ist durch das Präsidium und die Geschäftsleitung festzulegen. So können die Kantonalparteien entsprechend ihrer effektiven Stärke auf die Politik der SP Schweiz Einfluss nehmen. Zu streichen ist die Vorgabe, dass nur Personen aus dem obersten Leitungsgremium der Kantonalpartei in den Parteirat delegiert werden können. Die Auswahl soll der jeweiligen Kantonalpartei überlassen werden. Eine Stärkung der Mitarbeit der Basis setzt voraus, dass sich diese für alle Ämter / Aufgaben bewerben kann.

Art. 14, Ziff 5, lit b:

Dieser Absatz ist zu streichen. Wenn die Kantonalparteien aufgrund der Anzahl ihrer Mitglieder im Parteirat vertreten sind, müssen die Städte nicht zusätzlich berücksichtigt werden. Zudem scheint es falsch, nur die 5 einwohnermässig grössten Städte zu berücksichtigen. Falls man diesen Absatz behalten wollte, müssten die 5 grössten Städte anhand der Mitgliederzahlen ermittelt werden.

Art.14, Ziff. 5, lit g:

Ist zu streichen. Alle wesentlichen Gremien, Organe etc. sind im Parteirat vertreten. Es ist nicht zielführend, dass der Parteirat noch 10 zusätzliche Mitglieder wählt.

Art. 14 Ziff. 5 lit. a, b, d, e, f

Zu all diesen Litera ist festzuhalten, dass es nicht wünschenswert ist, die Mitglieder des Parteilates immer aus den obersten Leitungsorganen der jeweiligen Gremien kommen müssen. Vielmehr soll es den einzelnen Gremien der SP überlassen werden, wer sie in den Parteirat entsenden.

Keine weiteren Bemerkungen zur Repräsentanz.

### **2. Kompetenzverteilung**

Art.14, Ziff. 6, lit g:

---

Die Parolenfassung kann nicht dem Parteirat überlassen werde, dies ist zu streichen. Eine Einbindung der Basis bedingt gerade bei der Parolenfassung eine breite Diskussion. Diese Kompetenz soll deshalb ausschliesslich dem Parteitag zugeteilt werden (wie bisher). Entsprechend ist die Kadenz der Parteitage zu erhöhen. Es müssten mind. 4 / Jahr sein. Sollte es aus finanziellen Gründen nicht möglich sein, diese alle live durchzuführen können davon bspw. 2 digital stattfinden. Das letzte Jahr zeigte, dass ein digitaler Parteitag möglich ist.

Art. 14, Ziff. 6, lit e und f:

Diese Kompetenzen sind zu streichen und dem Parteitag zu übertragen. Da es sich dabei um Grundsatzentscheidungen handelt, muss dies der Parteitag als oberstes Organ entscheiden.

Art.14, Ziff. 6, lit o:

Die Abnahme der Jahresrechnung ist dem Parteitag zu übertragen, da dieser auch das Budget verabschiedet.

Art. 14, Ziff. 6, lit u bis y sowie cc:

Diese Kompetenzen sind dem Parteitag zu übertragen. Der Parteirat kann z.B. nicht über den Rekurs gegen einen Entscheid des Präsidiums beraten, da das Präsidium Teil des Parteirates ist.

### **3. Mitwirkungsmöglichkeiten:**

Die organisatorische Neustrukturierung der bisherigen Fachkommissionen als Themenkommissionen begrüssen wir. Die Vertretung der Kommissionen im Parteirat soll aber nicht zwingend durch eine Person des Leitungsgremiums wahrgenommen werden sondern durch eine von der Themenkommission delegierte Person. Art. 14, Ziff. 5, lit f ist entsprechend anzupassen. Begründung ist auch hier die Stärkung der Basis.

Die Abgrenzung zwischen den Foren und den Themenkommissionen erscheint uns schwierig. Wir schlagen deshalb vor, auf die Foren zu verzichten und die Themenkommissionen breiter und basisnaher auszugestalten. So sollen die Themenkommissionen nicht nur sprachregionale sondern auch thematische Subkommissionen bilden können (Art. 19, Ziff.3)

Wir begrüssen es sehr, dass die Arbeitsgruppen nun auch statuarisch verankert sind. Diese sind ein wichtiges Instrument zur Einbindung der Basis.